

SWP-Aktuell

NR. 3 FEBRUAR 2026

Amerikas fixe Grönlandidee

Implikationen und Lösungsansätze für Europa

Michael Paul

Die strategische Lage der Insel und ihre Ressourcen sind der Grund, weshalb seit dem 19. Jahrhundert in Regierungskreisen der USA immer wieder die Idee diskutiert wird, Grönland zu erwerben. Im Sommer 2019 wollte US-Präsident Donald Trump dem Königreich Dänemark erstmals Grönland abkaufen. Mittlerweile hat Trump den Besitz und die Kontrolle Grönlands zur »absoluten Notwendigkeit« für die nationale Sicherheit erklärt, woraufhin der dänische Geheimdienst erstmals die USA als eine potentielle Bedrohung für die Sicherheit des Königreichs bezeichnete, weil diese nicht länger den Gebrauch militärischer Gewalt sogar gegen Verbündete ausschließen. Aber geht es Trump tatsächlich um Sicherheit oder nur um den größtmöglichen Immobilienbesitz? Wie ist sein Griff nach Grönland zu bewerten und welche Implikationen und Lösungsansätze sind damit verbunden?

Der Erwerb Louisianas von Frankreich 1803 und Floridas von Spanien 1819 zeigt, dass Landkauf oder Landtausch noch vor 200 Jahren nicht ungewöhnlich war. Nach den Erfahrungen der Kolonialherrschaft und von zwei Weltkriegen ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker inzwischen aber das Fundament der Beziehungen zwischen den Staaten und ein Grundaxiom der Charta der Vereinten Nationen. Daher bezeichnete Dänemarks Premierministerin Mette Frederiksen das Ansinnen Trumps, Grönland zu einem Teil der USA zu machen, schon 2019 zu Recht als »absurd« und das grönländische Außenministerium quittierte den Vorstoß in einem Tweet bündig mit dem Ausspruch »We're open for business, not for sale«. Jedoch versicherte Frederiksen den USA damals, dass Dänemark eine »ver-

stärkte strategische Kooperation in der Arktis« begrüßen werde. Trump räumte in einer länglichen Rede vor dem US-Kongress am 4. März 2025 zwar explizit Grönlands Recht auf Selbstbestimmung ein, betonte aber erneut, dass ein Besitz der Insel für die nationale Sicherheit der USA notwendig sei.

Einerseits bestätigte Trump damit, dass er das Selbstbestimmungsrecht kannte; und er billigte es dem grönländischen Volk auch zu, selbst über seine Zukunft zu entscheiden. Andererseits wurde klar, dass der Erwerb Grönlands zu einer fixen Idee des Präsidenten geworden war: Er beharrt darauf, auf die eine oder andere Weise Grönland zu »bekommen«.



Geht es um Sicherheit oder um Immobilienbesitz?

Sein Argument, die Sicherheitslage im arktisch-nordatlantischen Raum sei prekär, stützt Trump auf die Behauptung, dass Grönland von chinesischen und russischen Schiffen geradezu belagert werde.

Richtig ist, dass im Sommer 2025 erstmals mehrere chinesische eisbrechende Schiffe im Arktischen Ozean kreuzten und damit auch das wachsende strategische Interesse Chinas dokumentierten. Die »polare Seidenstraße« ist ein wichtiger Teil der chinesischen Arktisstrategie. Es gibt aber keine Anzeichen dafür, dass Peking darüber hinaus in der Zone bald eine militärische Präsenz anstrebt. Gleichwohl ist eine mögliche künftige Stationierung chinesischer strategischer Unterseeboote seit Jahren ein Dauerthema unter Sicherheitsexperten; dafür benötigt China aber bessere Unterseeboote und tiefergehende Kenntnisse des Ozeans.

Russland wiederum ist der größte arktische Akteur. Es zeigte aber schon zu sowjetischen Zeiten wenig Interesse an Grönland. Die Arktische Zone der Russischen Föderation ist selbst reich an Ressourcen. Ihre Sicherung und Entwicklung bereitet Moskau hinlänglich Probleme. Derzeit bedarf Russland dort keiner zusätzlichen Herausforderungen. Es bleibt aber wie China eine potentielle Bedrohung.

Es scheint, dass Trump in der Grönland-Frage schlichtweg seinen persönlichen Instinkten folgt und in der Insel den größtmöglichen Immobiliendeal seines Lebens sieht. Eine Inbesitznahme wäre außerdem die idealtypische Umsetzung seines »Make America Great Again«-Slogans und würde Kanada – als erklärten nächsten Übernahmekandidaten – strategisch umklammern.

Dies wiederum macht Sinn, wenn es das geostrategische Ziel der Trump-Administration ist, eine von den USA kontrollierte nordamerikanische Hemisphäre zu etablieren, die von einem umfassenden Raketenabwehrsystem (Golden Dome) geschützt wird – ein Vorhaben, an dem aber schon Ronald Reagan vor 40 Jahren scheiterte. Es überrascht nicht, dass bis heute noch nicht

einmal Ansätze einer überzeugenden Planung für das ersehnte Abwehrsystem bekannt wurden, und das dürfte weniger an der neuen Intransparenz des Pentagons als an der alten Unmöglichkeit liegen, einen solchen umfassenden Schutzschirm aufzuspannen.

Außerdem könnte ein uneingeschränkter Besitz Grönlands den Aufbau libertärer »Freedom Cities« ermöglichen, in denen die Souveränität und Rechtsstaatlichkeit des Landes von der Herrschaft einer rechtsradikalen, unregulierten Tech-Elite abgelöst werden würde. Die Attraktivität dieser Vision für die Ideologen hinter dem Präsidenten wäre auch eine plausible Erklärung für die Persistenz, mit der Trump an dem Erwerb Grönlands festhält.

Gefahr für Europa und die transatlantische Allianz

Der Erwerb Grönlands ist zwar keine neue Idee, Trumps Vorstoß entfaltet aber vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Lage eine besondere Brisanz: Wenn die USA als das führende und stärkste Mitglied der Nato ihre militärische Stärke nutzen würden, um Teile des Territoriums eines anderen Bündnismitglieds mit Gewalt zu annektieren, wäre das eine echte Gefahr für Europa und die Allianz. Auch die Nato beruht maßgeblich auf der VN-Charta und in der Nato-Gründungsakte verpflichten sich alle Mitgliedstaaten zur friedlichen Beilegung von Konflikten und zum Verzicht auf die Androhung und Anwendung von Gewalt. Wenn ein Nato-Mitglied die territoriale Integrität eines Bündnismitglieds verletzt, entzieht es damit dem Vertrag die Grundlage. Schließlich soll das Nato-Bündnis seine Mitglieder schützen und nicht zum Opfer eines übergriffigen Hegemons machen.

Auch in Zukunft werden die USA jedoch selbst in der nordamerikanischen Arktis auf die Zusammenarbeit mit ihren Verbündeten angewiesen sein. Zu lange hat auch Washington die Sicherheit in der Nordpolarregion vernachlässigt und zu groß und aufwendig sind die Herausforderungen, die

sich dort stellen. Schwierige geografische und extreme klimatische Gegebenheiten schaffen operative Bedingungen, die nur in Kooperation mit anderen zu bewältigen sind. Deshalb bleiben Nato-Fähigkeiten nordischer Staaten wie zum Beispiel Norwegens unverzichtbar für die USA, sowohl was die Aufklärung russischer Aktivitäten als auch was den operativen Einsatz betrifft.

Mögliche Folgen für die Nato, die EU und Deutschland

Die derzeitige Krise des nordatlantischen Bündnisses ist eine durch Washington selbst verursachte Krise. In Moskau und Peking dürfte die Freude ob dieses unverhofften Geschenks groß sein — die Spaltung und letztlich Auflösung der Nato zählt zu den kühnsten Wunschscenarien beider Länder und würde sowohl die neoimperialen Bestrebungen des russischen Präsidenten als auch den weiteren Aufstieg Chinas befördern.

Berlin wird damit außen- und sicherheitspolitisch unter doppelten Druck gesetzt: Die USA werden politisch und militärisch benötigt, um Verhandlungen mit Moskau und ein Ende des russischen Krieges gegen die Ukraine zu erwirken. Außerdem lassen sich selbst mit der schnellstmöglichen Aufrüstung der Bundeswehr nicht die erheblichen Lücken bei strategischen Sensoren und Effektoren schließen. Diese müssen deshalb kurz- und mittelfristig weiterhin durch US-Fähigkeiten überbrückt werden.

Langjährige Annahmen deutscher Politik entsprechen nicht mehr der Realität: Wie soll eine Allianz mit einer Supermacht agieren, wenn diese selbst zur Bedrohung wird? Amerika hat plötzlich seine Rolle gewechselt — vom wohlwollenden Hegemonen zum Straßenräuber. Daher muss sich Europa neben den bestmöglichen auch der schlechtestmöglichen Szenarien gewahr sein. In den nächsten Jahren wird es jedoch wichtig sein, die USA weiter an Europa zu binden (was auch den strategischen Interessen der USA entspricht). Und gleichzeitig müssen die Europäer in der Nato so schnell wie möglich mehr Verantwortung für

eigenständige Sicherheit und Verteidigung übernehmen. Nur so lassen sich die Folgen der neuen Unberechenbarkeit in Washington ausgleichen, die Trump zu seinem Politikstil gemacht hat. Das gilt für Ost- und Zentraleuropa ebenso wie für Grönland.

Polens Premierminister Donald Tusk hat zu Recht darauf hingewiesen, dass Europa seine Rolle überdenken muss: Es sei ein Paradox, dass 500 Millionen Europäer 300 Millionen Amerikaner benötigen, um sich gegen 140 Millionen Russen zu verteidigen, die in drei Jahren nicht imstande gewesen seien, mit 40 Millionen Ukrainern fertigzuwerden. Europa müsse sich seines Potentials bewusst sein und sich als globale Macht begreifen.

Aber die USA als Militär- und Nuklearmacht zu ersetzen, ist nicht die einzige Herausforderung. Die EU muss erst noch zur neuen Lebensversicherung werden, indem sie eine stärkere Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit entwickelt. Dabei muss die Nato in Brüssel und Mons als institutioneller Rahmen — mit und/oder ohne die USA — erhalten werden, um die kollektive Verteidigung zu organisieren. Das Problem ist nicht Geld, um Waffen zu kaufen und zu stationieren. Die Schwierigkeiten beginnen mit Zeit- und Strukturfragen: Wie viel Zeit haben die einstigen Verbündeten der USA, um eine europäische Verteidigung aufzubauen, und wie stark soll diese unter welcher neuen Führung sein? Die Verlegung alliierter Kommandostrukturen von beispielsweise Norfolk nach Northwood und von Mons zurück nach Rocquencourt wäre eine vergleichsweise geringe logistische Herausforderung, aber ist Europa zu neuen militärischen Führungsstrukturen unter britisch-deutsch-französischer Leitung bereit? Bereit zu einem deutschen SACEUR? Es sind schwierige, existentielle Fragen, die nun maßgeblich in Berlin, London und Paris sowie in Rom und Warschau zu beantworten sind, und sie betreffen nicht nur den arktisch-nordatlantischen Raum, sondern die gesamteuropäische Sicherheit. Grönland dient hier als Menetekel und zugleich als mögliche Feuertaupe eines neuen europäischen Gestaltungswillens.



Dieses Werk ist lizenziert unter CC BY 4.0

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN (Print) 1611-6364
ISSN (Online) 2747-5018
DOI: 10.18449/2026A03

Nuuk-Kopenhagen-Washington benötigen Interessenausgleich

Das grönländische Leitmotiv »Nothing about us without us« ist wesentlich für das Selbstverständnis des Landes. Jedes »Diktat«, ob aus Kopenhagen oder Washington, wird als neokoloniale Bestrebung betrachtet. Das erklärt auch die hohe Ablehnung von 85 Prozent der Bevölkerung, die im Januar 2025 angaben, nicht Teil der USA werden zu wollen. Im Sinne des Selbstbestimmungsrechts kann die Abhängigkeit von Dänemark nicht nahtlos in eine neue Abhängigkeit von den USA übergehen. Gemäß Artikel 21.1 des Gesetzes zur Selbstverwaltung vom Juni 2009 liegt die Entscheidung über Grönlands Unabhängigkeit bei der Bevölkerung. Dem Beschluss ist aber ein längerer Prozess vorgeschaltet (darunter ein Referendum über die erst im Entwurf vorliegende Verfassung). Erst danach kann eine souveräne Regierung in Nuuk über die weitere Zukunft und mögliche Assoziierungsmodelle entscheiden.

Die gemeinsame Position europäischer Regierungen zu den Drohungen der Trump-Regierung ist ein wichtiges Signal, um Washington die Ablehnung einer unrechtmäßigen Annexion zu verdeutlichen. Gleichzeitig muss in Abstimmung mit Kopenhagen und Nuuk überlegt werden, welche und wie viele europäische Truppen auf Grönland stationiert werden sollen, um der von Trump perzipierten Bedrohung durch China und Russland sowie einer militärischen Aktion der USA entgegenzuwirken. Zunächst sollen »Rahmenbedingungen für mögliche militärische Beiträge zur Unterstützung Dänemarks bei der Gewährleistung der Sicherheit in der Region« erkundet werden. Ausgelotet werden sollen zum Beispiel Fähigkeiten zur Seeraumüberwachung. Wie beim Zypern-Konflikt droht nun eine weitere Gemengelage aus kolonialem Erbe und geostrategischer Bedeutung einer Insel die Kooperation in der Nato zu belasten. Grönland muss aber nicht zum Sprengsatz für die Allianz werden. Langfristig wäre allen am besten gedient, wenn die Nato in Grönland die

Reaktivierung und Ausstattung ehemaliger US-Militärbasen wie in Kangerlussuaq übernehmen und damit zu einer Verbesserung der Seeraumüberwachung im arktisch-nordatlantischen Raum und zum Schutz Grönlands als Bestandteil kollektiver Sicherheit beitragen würde (wofür unter Umständen auch EU-Programme verwendet werden könnten). Dies würde weitgehend den Erwartungen entsprechen, die Dänemark bei seinem Nato-Beitritt 1949 hatte, mit denen es aber schon damals am nationalen Interesse der USA gescheitert ist.

Im US-Kongress sprachen sich mehrere ranghohe republikanische Volksvertreter gegen ein militärisches Vorgehen aus. So brachte Senatorin Lisa Murkowski aus Alaska mit dem ranghöchsten demokratischen Mitglied im Senate Foreign Relations Committee Jeanne Shaheen ein Gesetz (NATO Unity Protection Act) ein, welches die Nutzung öffentlicher Mittel für eine gewaltsame Annexion verbietet und die hohe Bedeutung einer Bewahrung des Nato-Bündnisses für die USA betont. Groß ist mittlerweile auch die Ablehnung in den USA selbst – über 73 Prozent sagen Nein zu einer gewaltsamen Aneignung von Grönland und die Mehrheit will das Territorium der USA nicht erweitern.

Es liegt nun zuerst an den Regierungen in Kopenhagen, Nuuk und Washington, zu einem neuen Kompromiss auf der Basis des 1951 auf unbefristete Zeit geschlossenen Abkommens zu gelangen, das den USA bereits weitreichenden Zugang zu Grönland bietet. Aber Dänemark und Grönland benötigen auch weitere Unterstützung durch ihre europäischen Verbündeten; mehr politisch-diplomatische Präsenz und mehr militärischer Übungsbetrieb auf der Insel wären sinnvoll und willkommen.

Ob mit Blick auf die reaktivierte und erweiterte Monroe-Doktrin oder das Abwehrprojekt »Golden Dome«: Auch jenseits des Jahres 2029, ist von einem anhaltenden Interesse der USA auszugehen – Grönland bleibt geopolitisch Amerikas fixe Idee und Europas erste überraschende geopolitische Herausforderung.

Dr. Michael Paul ist Gastwissenschaftler und war von 2007 bis 2025 Senior Fellow in der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik.